

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Weg des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ findet in Nastätten sowie bei den auswärtsigen Agenturen monatlich Mk. 15.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 45.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Anzeigen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ weiteste Verbreitung und werden die 6-gewöhnliche Nonpareilgröße oder deren Raum mit Mk. 4.—, die Restzeile mit Mk. 7.50 berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Mäüller'sche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Bruch, Nastätten. Begründet 1878

Nr. 91

Nastätten, Samstag den 5. August 1922

45. Jahrgang

## Wie lange noch?

Die Tatsachen, auf die es heute ankommt, sind die folgenden:

Das Zwanzigmarkstück ist 2000 Mark wert. — Die Mark bedeutet im Verhältnis zum Dollar etwa nur noch drei Viertel Pfennig. Es soll erst in Paris entschieden werden, ob und welche Stundung uns für die Reparationszahlungen gewährt werden soll. — Wir sollen die monatlichen Ausgleichszahlungen von zwei Millionen Pfund unverzüglich entrichten. — Von einer Herabsetzung der Schuldsomme von 132 Milliarden Goldmark, die die Bankiers als Vorbedingung für eine große Anleihe erklärt haben, ist bisher keine Rede. — Lloyd George hat noch keine tatsächlichen praktischen Vermittlungsvorschläge gemacht, sondern empfiehlt uns der Gnade Gottes, wenn wir uns sonst keine Hilfe beschaffen können.

Wenn wir alle diese Tatsachen betrachten, die dazwischen liegen, wie weit es mit uns gekommen ist, und was noch von uns verlangt wird, dann können wir nur sagen, daß es mit unserer Kraft zu Ende geht, daß uns selbst die Atempause einer Stundung und eine vorübergehende Anleihe nicht mehr helfen kann. Wenn keine große Anleihe gewährt oder in letzter Stunde keine Einigung erzielt wird, dann ist es aus.

Die grenzenlose Entwertung der Mark macht den Einkauf von Brotmehl, Kolonialwaren und Roggenmehl aus Amerika und dem sonstigen Ausland fast unmöglich. Wir werden darauf zu achten haben, ob im Interesse der Einfuhr von Mehl die Einfuhr der nicht unbedingt nötigen Kolonialwaren und Rohmaterialien beschränkt werden muß. Die Industrie wird ihre Produktion zu verteidigen haben. Auf die mögliche Anreicherung der Ausfuhr, die uns allein Devisen und gute Baluta bringen kann, müssen wir achten. Es bleibt aber abzuwarten, wie sich das Ausland zu unseren Preisen stellen wird. Die Steigerung der Löhne, Kohlen und sonstigen Unkosten ist nicht abzusehen und die Industrie steht also zwischen Scylla und Charybdis. Sind unsere Preise infolge der Marktentwertung niedrig, schreit man im Ausland über die deutsche Konkurrenz. Sind die Preise durch die Verteuerung von Lebensmitteln und Rohmaterial hoch, so sind wir teurer als der Weltmarkt.

Wie sollen wir unter diesen Verhältnissen die Stundungsbedingungen erfüllen, unsere Finanzen verbessern, den Bankrottendruck einschränken und nach Kräften sparen? Dazu gehört mehr als Gezeret. Bei den Kosten der heutigen Lebenshaltung ist die Ausbringung von weiteren Steuern unmöglich. Die Städte klagen schon laut, daß die Entrichtung der Realsteuern stockt. Aber nichts hilft.

## Der Weg bergab.

Das langsame Zusammensinken der deutschen Wirtschaft.

Den drohenden Niedergang des deutschen Wirtschaftslebens schildert in leider nur zu wahrer Deutlichkeit ein Artikel A. Heinrichsbauers in der „Deutschen Industriezeitung“. Es heißt da u. a.:

„Daß wir uns die wirklichen Verhältnisse nicht klar machen, rührt größtenteils daher, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch, von dem seit Jahren die Rede ist, in der früher geglaubten Gestalt nicht eingetreten ist. Man dachte sich ihn als einen allgemeinen Staats- und Wirtschaftskrisen, der eine unvermittelte und plötzlich eintretende Verelendung aller Schichten der Bevölkerung und Arbeitslosigkeit größten Umfangs zur Folge haben müßte. Ein plötzlicher Zusammenbruch ist zwar nicht eingetreten, dafür aber ein allmählich und langsam sich vollziehendes Zusammensinken, das noch viel schlimmer ist.“

Die Scheinblüte der deutschen Industrie.

Wie weit dieser Prozeß auch bei äußerlich noch glänzend dastehenden Gewerben gediehen ist, mag die Lage der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie zeigen. Bei ihr beträgt die Ausfuhr nur noch 25 Prozent der Vorkriegszeit, während die Einfuhr ausländischen Eisens (die früher abgesehen von einigen ganz unwesentlichen Spezialartikeln, überhaupt nicht in Betracht kam) im letzten Monat zum erstenmal größer als die Ausfuhr gewesen ist. In den bisherigen Zeiten des ständigen Fallens der Mark ha-

ben wir davon gelebt, daß wir die Rohstoffe verhältnismäßig „billig“ einführen und nach weiterer Verschlechterung der Mark „teuer“ ausführen. Ferner haben wir auf Goldmarkwerte verhältnismäßig sehr niedrige Papiergeldgewinne ausgeschüttet (große Werke zahlen Dividenden von weniger als 1 Prozent des Goldkapitals), oder wir haben die Goldmarkkapitalien allmählich durch Umwandlung in Papiergeld aufgezehrt (bei Deutsch-Luxemburg z. B. betrug das Friedenskapital 120 Mill. M., während es jetzt nur 18 Mill. M. ausmacht), oder wir haben Goldhypotheken in Papier zurückgezahlt und dadurch unsere Konjunktur hochgehalten u. s. w.

Das alles hat aber schließlich einmal ein Ende. Sobald das Vermögen des einzelnen und die Volkswirtschaft aufgezehrt sind, was in Gestalt der allmählichen Umwandlung des Kapitals in Papiergeld erfolgt; vollzogen ist dieser Prozeß bereits bei den Renten, die nur über verhältnismäßig geringfügige Kapitalien verfügen, bei denen dieser Prozeß also verhältnismäßig schnell vor sich gehen mußte (z. B. Pensionäre, Rentner, freie Berufe usw.); bei allen anderen Schichten wird er eines Tages auch zum Abschluß kommen, wenn auch die dazu erforderliche Zeit etwas länger dauert.

Deutschland auf diesem Wege zum unerschütterlichen Abgrund aufzulaufen, gibt es aber nur ein einziges Mittel, das ist die Revision des Versailler Friedensvertrages. Solange dieser Vertrag in seiner jetzigen Form besteht, ist jedes andere Rettungsmittel aussichtslos.

## Graf Lerchenfelds Antwort.

In der Form verständig.  
Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld stellte am Dienstag den Entwurf der Antwort an den Reichspräsidenten fertig und ließ ihn den übrigen Kabinettsmitgliedern zur Begutachtung zugehen. Der Entwurf kam dann mit verschiedenen Abänderungsvorschlägen im wesentlichen aber gebilligt, an den Ministerpräsidenten zurück. Am Mittwoch trat dann der Kabinettsrat zusammen, um dem Entwurf seine endgültige Fassung zu geben.

Ueber den Inhalt des Schreibens verlautet, daß es zwar in verständlicher Form gehalten ist, in der Sache aber auf dem bisher von Bayern eingenommenen Standpunkte verharret, indem es die vertragliche Gewährleistung und Sicherung der Rechte der Einzelstaaten gegenüber dem Reich fordert. Eine Veröffentlichung der Note ist erst nach ihrer Uebergabe in Berlin zu erwarten.

Was die Koalitionsbildung betrifft, so scheint es dem Bauernbund gelungen zu sein, mit seiner Auffassung durchzudringen, daß vor der endgültigen Erledigung der Angelegenheit Berlin-München eine Neubildung der Regierung nicht vorgenommen werden soll.

## Neue Zeitungs- und Vereinsverbote.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ auf drei Wochen verboten.

Durch eine Verfügung des Ministers Severing ist der „Berliner Lokal-Anzeiger“ auf drei Wochen verboten worden. Das Verbot stützt sich auf den in der Morgenausgabe vom 1. August unter der Ueberschrift „Das kommende bayerische Kabinett“ erschienenen Artikel, in dem angelegliche Versprechungen erörtert werden, die in einer geheimen Sitzung der Aktionsausschüsse der Unabhängigen und Kommunisten im Berliner Gewerkschaftshaus in Anwesenheit von zwei Vertretern Sowjetrußlands stattgefunden haben sollen. Nach den Darlegungen eines dieser Vertreter habe sich die Reichsregierung entschlossen, die Rechte zu entwaffnen, eine Maßnahme, die nötig sei, um die Revolution weiterzutreiben zu können. Das Wesen zum Schutze der Republik sei eine siegreiche Etappe der vorwärtschreitenden Weltrevolution. Es sei gelungen, Dr. Wirth zu überzeugen, daß nur die Bildung einer reinen Arbeiterregierung den Ausbruch der Konterrevolution verhindern könne. Die Wiedergabe dieser Darlegungen enthält eine Beschimpfung der Mitglieder der Reichsregierung, insbesondere des Herrn Reichskanzlers, und stellt eine öffentliche Herabwürdigung der verfassungsmäßigen leitendsten republikanischen Staats-

form des Reiches im Sinne des § 9 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 dar. Der „Tag“ bemerkt hierzu: Die Münchener Meldung, die zu diesem Verbot geführt hat, enthält Mitteilungen, die aus Berlin nach München gelangt waren, ohne daß zu ihnen Stellung genommen wurde. Inzwischen ist festgestellt worden, daß sie auf einer Verhöhnung des „Bayerischen Kuriers“ beruhe, also des führenden Blattes der Münchener Regierung.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik das Erscheinen des „Vielefelder Kreis-Anzeiger“ für die nächsten drei Nummern verboten. Der „Distriktische General-Anzeiger“ in Wehe ist auf 14 Tage verboten worden.

## Verbotene Vereinigungen in Sachsen.

Die sächsische Regierung hat auf Grund des Schutzgesetzes folgende Vereinigungen verboten und aufgelöst: Eos, Deutscher Orden, auch Junadeutscher Orden genannt, Bund der Gradan, auch Treubund für aufsteigendes Leben genannt, Verein ehemaliger Baltikumer, Turnverein Turnverein Theodor Körner und Allgemeiner deutsch-völkischer Turnverein.

## Die deutsche Antwortnote.

Gegen die Politik der Drohungen.

Am Dienstag ist die deutsche Antwort auf die französische Note, durch die das deutsche Stundungsgesuch abgelehnt worden war, in Paris übergeben worden. Die deutsche Note ist an Poincaré gerichtet. Es wird darin zunächst darauf hingewiesen, daß das Londoner Abkommen über die Ausgleichszahlungen vom 10. Juni 1921 nicht mit den einzelnen alliierten Regierungen, sondern mit deren Gesamtheit abgeschlossen war. Die deutsche Regierung behält sich deshalb eine Stellungnahme zu dem Schriftstück Poincarés bis zum Eingang der Reaktionen aller beteiligten Regierungen vor. Sie erklärt zugleich, daß auch die ultimative Form der französischen Note sie nicht bestimmen könne, von dieser Haltung abzugehen.

Die Wirkung auf den Markkurs ist, so wird betont, genau die gleiche, und es ist für dessen Entwicklung vollkommen gleichgültig, ob die Zahlungsmittel für die eine oder für die andere Verpflichtung beschafft werden.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Ausgleichszahlungen nach dem Londoner Abkommen mit 40 Millionen Goldmark monatlich fast die Höhe der Reparationszahlungen — für August mit 50 Millionen Goldmark vorgelesen — erreichen.

Deshalb müßte die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen als ein einheitliches Ganzes betrachten. Doch bezweckt der deutsche Antrag auf Zahlungsausschub für die Ausgleichszahlungen nicht etwa deren Kürzung, sondern nur deren Verteilung auf einen längeren Zeitraum. Die Note weist ferner darauf hin, daß der Niedergang der deutschen Mark sich nach Eingang der Note Poincarés in einen förmlichen Sturz verwandelt hat, der in diesem Augenblick ihre Bewertung bis auf ein Hundertschzigstel gedrückt hat.

Die Note schließt mit der Wendung: „Eine Politik der Drohungen wirkt nicht wiederaufbauend, sondern zerstörend.“

## Eine Antwort, die keine ist.

Die an den deutschen Botschafter in London gerichtete Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Note vom 14. Juli 1922 wegen Barzahlungen im Ausgleichsverfahren ist datiert vom 26. Juli. Sie geht auf die Sache selber gar nicht ein, sondern kündigt nur an, daß die englische Regierung beabsichtige, die aufgeworfenen Fragen baldigst mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um zu gegebener Zeit in Gemeinschaft mit den anderen alliierten Mächten der deutschen Regierung eine Antwort zu erteilen.

## „Ausgleichsmaßnahmen“ ab 5. August.

In der Fixigkeit ist die französische Diplomatie allen anderen über. Schon am Dienstag wurde dem deutschen Geschäftsträger in Paris, Botschaftsrat v. Goelck, die Antwort auf die jüngste deutsche Note übergeben. Die von Poincaré unterzeichnete

Note ist verhältnismäßig kurz. Sie stellt zunächst mit Bedauern fest, daß die deutsche Antwort nicht die geforderten Zustimmungserklärungen enthält. Es wird dann betont, daß das Abkommen vom 10. Juni 1921 nur durch einstimme Übereinkommen der vertraglich stehenden Mächte geändert werden könne. Dann heißt es weiter:

Die Regierung Frankreichs hat Ihnen bereits mitgeteilt, daß sie nicht daran denke, auf Grund der deutschen Note vom 14. Juli Änderungen vorzunehmen. Die französische Regierung hat daher das Recht, zu verlangen, daß innerhalb der in meiner Note vom 26. Juli gewährten Frist, d. h. vor dem 5. August, mittags, die Versicherung abgegeben wird, daß, bis die unerläßliche Übereinstimmung zu jener Abänderung gewährleistet ist, das Abkommen vom 10. Juni ganz und gar angewendet wird, und daß die Pflichtsumme von zwei Millionen Pfund Sterling am 15. August bezahlt wird.

Wenn diese Zusicherung nicht gegeben wird, hat die französische Regierung das Recht, um die Anwendung des bestehenden Vertrages sicherzustellen, Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen, die sie im Interesse so vieler eigenen Staatsangehörigen und derer der anderen alliierten Staaten, die das Abkommen unterschrieben haben, für notwendig erachtet. Diese Maßnahmen werden, wie ich bereits angeführt habe, vom 5. August ab in Kraft treten, und die französische Regierung glaubt nicht, heute schon den vollständigen Plan, der hierfür gefaßt wird, bekanntgeben zu können.

Zum Schluß macht die Note der deutschen Regierung den Vorwurf, daß sie nicht die geringsten Anstrengungen mache, um die Zahlung der geschuldeten Summe an die alliierten Mächte durch die wirklichen Schuldner, das heißt durch die deutschen Privatleute, sicherzustellen, die durch ihre Ankäufe fremder Devisen zu dem gegenwärtigen Markkurs beigetragen hätten.

## Keine Atempause ohne Finanzkontrolle.

„Journal des Débats“ schreibt zu dem bevorstehenden Londoner Verhandlungen: Es ist nicht möglich, Deutschland eine neue Atempause zu gewähren, wenn nicht endlich eine neue Kontrolle der deutschen Finanzen erreicht wird. Andererseits würde ein Moratorium die Lage Deutschlands nicht im mindesten verbessern. Bestenfalls wird man sich auf ein kurzes Moratorium von vier bis fünf Wochen unter den von Poincaré formulierten Bedingungen einigen. Dann wäre aber die bevorstehende Konferenz nur mittelmächtiger Nutzen und bliebe die Lage ungefähr wie zuvor. Wünscht man das wirklich in London, wo man uns so oft vorgeworfen hat, die entscheidenden Beschlüsse zu verschleppen, und wäre es nicht vorzuziehen, sofort den Dingen auf den Grund zu gehen?

## Allgemeine Schuldentriegelung.

Ein äußerst bedeutungsvoller Vorschlag Englands.

Die englische Regierung hat sich jetzt mit einer äußerst bedeutungsvollen Note an die Alliierten gewandt, in der sie sich bereit erklärt, auf alle ihre Reparationsansprüche an Deutschland und auf alle ihre Ansprüche auf Rückzahlung der Kriegsschulden ihrer Alliierten zu verzichten, falls ein solcher Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bilde, der sich mit dem großen Problem im ganzen befaßt und zu einer befriedigenden Lösung gelange. Nach Meinung der britischen Regierung wäre eine allgemeine Regelung von größerem Wert für die Menschheit als irgendwelche Gewinne, die ihr aus einer erfolgreichen Erzwingung vertraglicher Verpflichtungen erwachsen könnten.

## Ein Wink an Amerika.

Diese Note, die das Datum des 1. August trägt und von Lord Balfour, dem gegenwärtigen Außenminister unterzeichnet ist, wurde den Regierungen Frankreichs, Italiens, Serbiens, Rumaniens, Portugals und Griechenlands übermittelt. Sie führt aus, daß England seine Schuldner bisher nicht deshalb nicht gemahnt habe, weil es die aus diesem Zustand sich ergebenden Unbel unterstehe. Im Gegenteil sei Großbritannien bereit, alle die ihm von den Alliierten

geschuldeten Anleihen und die ihm von Deutschland geschuldeten Reparationen zu annullieren, wenn eine solche Politik den Teil einer befriedigenden internationalen Regelung bilden würde.

Jetzt habe aber Amerika mit großer Bestimmtheit Hinsicht auf die Rückzahlung der britischen Schuld an Amerika verlangt, wozu es zweifellos berechtigt sei. England sei bereit, diese Verpflichtungen zu erfüllen, es könne dies aber nicht tun, ohne das Verfahren, das es unter anderen Umständen zu befolgen beabsichtigt hätte, von Grund auf abzuändern.

Die internationale Verschuldung.

England — so lautet die Note weiter — könne die amerikanische Anleihe an England nicht als einen isolierten Teil behandeln. Die Anleihe bildet nur einen Teil eines zusammengehörigen Systems von finanziellen Transaktionen.

Zu den zahlreichen Wirtschaftsübeln, unter denen die Welt leide, gehöre die internationale Verschuldung und deren verhängnisvolle Rückwirkung auf die Kredite und Beschäftigung, auf die internationale Produktion und den internationalen Handel. Die Völker aller Länder sehnten sich nach einer schnellen Rückkehr zu einer normalen Lage. Aber wie könne eine solche Lage erreicht werden, solange derartige anormale Zustände herrschten, und wie könnten diese Zustände beseitigt werden durch solche Heilmittel, mit deren Anwendung man im Augenblick rechnen könne? Die bisher von England befolgte Politik sei nur erträglich, solange sie allgemein befolgt werde.

Die Getreideumlage.

Ihre Geschichte des neuen Getreideumlage-Gesetzes.

In einem beachtenswerten Aufsatze (Reichs-Landbau Nr. 29) hat der Reichstagsabg. Geh. Oberregierungsrat Thomßen den Nachweis angetreten und, wie man ihm billigerweise zugestehen muß, auch geführt, daß diejenigen Abgeordneten, die der neuen Getreideumlage zustimmten, wirtschaftliche Notwendigkeiten hinter parteipolitischen Erwägungen haben zurücktreten lassen. Er ist dabei insbesondere dem Gerede entgegengetreten, daß die Ermordung Rathenaus eine ruhige und sachliche Beratung der Regierungsvorlage unmöglich gemacht habe, und hat demgegenüber gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit des Zentrums sich schon vorher für die Erneuerung der Umlage festgelegt hatte; die wirtschaftliche Frage von einer für die Volksernährung folgenschweren Tragweite sei von den beteiligten Parteien unbedenklich parteipolitischen Erwägungen geopfert worden. Man kann dieses Ergebnis auch auf die Formel bringen: Die bürgerlichen Werten die Landwirtschaft, deren Glieder sich mit einer Geschlossenheit wie kein zweiter Berufsstand zum Bürgertum bekennen, werten sie in Liebedienere gegen eine sozialistische Partei vom Schlage der Unabhängigen, die der Landwirtschaft bei jeder Gelegenheit besondere Gebührligkeit entgegenbringt.

In einem Punkte freilich werden die dankenswerten Feststellungen des Herrn Abgeordneten Thomßen noch der Ergänzung bedürfen. In dem bereits erwähnten Aufsatz der „Kölnischen Volkszeitung“ und des „Deutschen“ („Ein Wort an die Landwirte“) hat Herr Stegerwald zur Bewusstmachung der Landwirtschaft a. a. geltend gemacht, die Beratung der Umlagevorlage haben uns der Reichstagsauflösung nahegebracht, und eine solche habe doch kein vernünftiger Mensch wollen können, insbesondere auch die Landwirtschaft nicht. An sich ist schon fraglich, ob eine Maßnahme, die „kein vernünftiger Mensch wollen“ konnte, in der Tat jemals eine ernste Gefahr gewesen ist. In Wirklichkeit freilich hat die Auflösung des Reichstages außer den Kommunisten überhaupt niemand ernsthaft erstrebt.

Aus den bisher veröffentlichten Auszügen aus der neuen Stegerwaldschen Schrift (Zusammenbruch und Wiederaufbau) fesselt hier namentlich eine Stelle. Es ist mystische Feststellung, er habe „an dem Verhalten des Gros der deutschen Landwirtschaft in einer Reihe von Fragen manches auszuweisen“, leitet zu der wichtigen und richtigen Gedankenreihe über: „Das hindert auch nicht, auszusprechen, daß der Landwirtschaft, die meist rechts steht, beim Wiederaufbau mit die größte Aufgabe zufällt. Glaubt man deren Durchführung von einer Landwirtschaft erwarten zu können, wenn deren Produktionskraft und wirtschaftliche Führung zum weitaus größten Teil in geschlossener Opposition zur Staatsführung steht? Um diese Dinge kommt man mit demokratischen und republikanischen Redensarten nicht herum.“ — Die Geschichte der neuen Getreideumlage, die leider auch die Zustimmung Stegerwalds gefunden hat, ist zugleich die Erinnerung an diejenige Politik, die einen großen und heute doppelt wichtigen Berufsstand ohne Not in geschlossene Opposition zu drängen verstanden hat.

In der 241. Sitzung des Reichstages am am 1. Juli 1922 bei der Gesamtabstimmung über das Getreideumlagegesetz für das Jahr 1922 haben von bürgerlichen Parteien gegen das Gesetz gestimmt:

Deutsch-nationale Volkspartei.

Arnstadt, Bachmann, Dr. Barth (Kernitz), Bazille, Berndt, Biener, Blier v. Braun, Brühn, Budjuhn, Degler, Dietrich (Prenzlau), Domsch (Dresden), Dorfsch (Hessen), Dr. Düringer, v. Gallwitz, Graef (Thüringen), v. Graef (Medlenburg), Gutknecht, Haas, Hammer,

Dänse (Thüringen), Dr. Helfferich, Demeter, Hennig, Hensel (Ostpreußen), Hergt, Dr. Hochsch, Frau Hoffmann (Wohrum), Jandrey, Graf v. Kahlitz, Kröner, Krüger-Hoppenrade, Lambach, Lauderens, Leopold, Lind, Malle, Mallewisch, Maxim, Dr. Oberföhrer, Dr. Pflüß, Dr. Reichert, Rieseberg, Dr. Roeske, Schiele, Schimmelpfennig, Schmidt (Stettin), Schröter (Liegny), Schult (Wormberg), Schulze (Berlin), Dr. Semmler, Strathmann, Thomßen, Vogel (Berlin), Vogt, Warmuth, Weinböck, Graf von Westarp, Wulle.

Deutsche Volkspartei.

Adams, Dr. Beder (Hessen), Böhm (Minden), Bräuninghaus, Dr. Bremer, Dr. Curtius, Dauch, Döblich, Duschke, Fändel, Geisler, Dr. Gildemeister, Harde, Havemann, Hepp, Käselau, v. Kemnitz, Kemps, Keubeler-Böhm, Leutheuser, Dr. Luther, Dr. Mareßki, Dr. Moldenhauer, Morath, Dr. Pöper, Medlenburg, Dr. Quast, Fehr v. Rheinhausen, Dr. Nießer, Rißler, Dr. Muntel, Seibert, Spehler, Westermann, Winnefeld, Dr. Wunderlich, Dr. Zapf, Beschke.

Zentrum.

Baumann, Blum, Bornfeld-Ettmann, Busch, Damm, Heilmayer, Herbert (Hessen), Jandrey, Machens, Neyses, Belin, Langwisch, Stebers.

Deutscher Demokratischer Partei.

Dr. Böhme (Magdeburg), Dietrich (Walden), Kerschbaum, Liese, Hermann.

Deutschnationale Partei.

Alpers, Dr. Graf v. Bernstorff (Hannover).

Bayerischer Bauernbund.

Bachmeier, Eisenberger, Kaufsmayr.

Bayerische Volkspartei.

Dr. Deermann, Diernreiter, Emminger, Gerauer, Herbert (Franken), Lang, Leicht, Lukas, Merd.

(Die Namen von Landbundmitgliedern sind gesperrt gesetzt.)

Deutsches Reich.

— Richtlinien für die Verfassungsfeier beabsichtigt der preussische Minister des Innern für die ihm unterstellten Behörden herauszugeben. Da der im Reichstag eingebrachte Gesetzentwurf, den 11. August als Nationalfeiertag herauszugeben, nicht verabschiedet wurde, kommt für die Verfassungsfeier eine allgemeine Arbeitsruhe nicht in Frage. Jedenfalls aber sollen die Behörden erlucht werden, soweit nicht dringende Dienstgeschäfte zu erledigen sind, den Staatsbediensteten weitestgehende Möglichkeit zur Teilnahme an den Verfassungsfeiern zu geben. Zu der Feier im Reichstag sollen alle Reichswehrregimenter Deputationschiden.

— Veröffentlichung der deutschen Akten zum Falle v. Sager. Die Verurteilung der beiden ehemaligen deutschen Offiziere v. Sager und Prinz zu Stolberg durch das Brügger Schwurgericht gibt der Reichsregierung Veranlassung, zu erklären, daß sie es für ihre Pflicht hält, die Öffentlichkeit rückhaltlos über den Sachverhalt aufzuklären. Das Reichsjustizministerium ist mit der Prüfung des in Deutschland vorhandenen Materials über den Fall betraut und wird das Ergebnis baldigst der Öffentlichkeit bekanntgeben. Die kriegsgerichtlichen Akten gegen die beiden Offiziere sind vom Reichsarchiv angefordert worden.

— Eine Erweiterung des Kreises der politischen Beamten, die aus Gründen der Politik jederzeit zur Disposition gestellt werden können, bezweckt ein Gesetz, das dem preussischen Landtag alsbald nach seinem Wiederzusammentritt im Herbst zugehen soll. Insbesondere ist die Einbeziehung der Ministerialdirektoren, des Vertreters des Oberpräsidenten (Oberpräsidentrat), des Vertreters des Regierungspräsidenten und der Abteilungsleiter bei den Regierungen in den Kreis der politischen Beamten beabsichtigt.

— Die schwäbische Volksseele kocht. Die Reichsregierung hat es jetzt nicht nur mit Bayern, sondern auch mit Baden und Württemberg vollständig verächtelt. Es handelt sich diesmal aber nicht um die Schutzgeleise, sondern um einen noch viel unerträglicheren Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder. Im württembergischen Landtag erklärte der Finanzminister Schell in Verantwortung einer kleinen Anfrage, die Veräußerung des Reichsministeriums vom 8. Juli 1922, nach der die Eisenbahn-Generaldirektion künftig die Bezeichnung Reichsbahndirektion führen sollen, ist ohne ein Einverständnis mit der württembergischen Regierung erlassen worden. Die Veräußerung verstoßt nach Ansicht der württembergischen Regierung sowohl gegen Sinn und Wortlaut des Staatsvertrages wegen Uebergang der Staats-eisenbahnen auf das Reich, als auch gegen eine ausdrückliche Vereinbarung über die Bezeichnung der Eisenbahn-Generaldirektionen. Das Staatsministerium wird daher in Uebereinstimmung mit Baden und Sachsen Einspruch erheben und nötigenfalls die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anrufen.

— Vorläufig kein Termin vor dem Staatsgerichtshof. Wie das „Seltzger Tageblatt“ meldet, wird die für den 10. August vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik angelegte Verhandlung nach Informationen an zuständigen Stelle nicht stattfinden, weil Verhandlungen erst stattfinden sollen von dem auf Grund des Gesetzes neu zu errichtenden Staatsgerichtshof, der neue ankommen werden wird. Wann

ein neuer Termin angelegt und gegen wen verhandelt werden wird, steht noch nicht fest. Nach der Meinung des Blattes ist die Verzögerung dadurch verursacht, weil aus Rücksicht auf Bayern möglicherweise in der Zusammenlegung des Staatsgerichtshofes noch eine Aenderung eintreten wird.

— Ueberbesprechung über die französische Note. Mittwoch mittag fand in der Reichs-Lanzlei eine neue Besprechung der Geschäfts der beteiligten Ressorts über die Reparationsfrage statt. Es nahmen wiederum die Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsfinanzministeriums und des Wiederaufbauministeriums teil. Bei der Besprechung stand vor allem die Antwort Frankreichs zur Beratung.

— Herabsetzung des Preisniveaus für Umlagegetreide in Bayern. Der Wirtschaftsausschuß des bayerischen Landtages hat einen Antrag angenommen, der die Herabsetzung des Preisniveaus für Getreideumlage und die Erhöhung der Preise für das erste Ablieferungsdrittel bezweckt. In der Ausprache wurde erklärt, daß eine um die Hälfte geringere Ernte wie im Vorjahre zu erwarten sei und daß kein Pfund Getreide hereinzubekommen sein werde, wenn die durch die Verhältnisse überholte Preisfestlegung für das erste Ablieferungsdrittel unverändert gelassen werde.

— Die Belastungskosten für Danzig. Der Senat der freien Stadt Danzig hatte im Dezember 1921 und April 1922 beantragt, daß die Belastungskosten für den Freistaat, die 227 775 Pfund Sterling und 4 002 709 Franken betragen, d. h. etwa 700 Millionen Mark, herabgesetzt werden. Die Vorkaufsfunktion hat jetzt geantwortet, daß sie die Regierungskommission beauftragt hat, die Angelegenheit zu untersuchen, so daß eine baldige Regelung dieser für die freie Stadt wichtigen Frage zu erhoffen ist.

— Kein Verkauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Gegenüber Gerüchten, die von einem Verkauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wissen wollen, erklärt der Verleger der Zeitung, daß Herr Hugo Stinnes an den Verkauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht denkt. Ebeniowenig ist eine politische Richtungsänderung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vollzogen oder beabsichtigt.

— Ein befremdliches Verbot. In Verfenbrück bei Fürstentum hatte zum vergangenen Sonntag der dortige Gastwirt Schmitt die spieltunige Jugend zu einem Kinderfest eingeladen. Am Sonnabend vorher ging ihm unvermuthet ein Schreiben des dortigen Amtsvorstehers zu, in dem ihm auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Abhaltung des Kinderfestes untersagt wurde.

— Entlassung von Schupo-Offizieren in Hannover. In Hannover wurde vor kurzem Oberstwachmeister v. Steuben seines Amtes enthoben, weil er mit monarchistischen Kundgebungen an die Öffentlichkeit getreten ist. Dieser Tage sind in Hannover aus demselben Grunde weitere 13 Polizeioffiziere entlassen worden.

— Die Möglichkeit der Brotverbilligung. In einem längeren Aufsatz im „Tag“ über die Frage der Brotverbilligung kommt der Vorsitzende des Reichslandbundes, Dr. Roeske, zu folgendem Ergebnis: Wir können billiges Brot haben, wenn die Produktion der Landwirtschaft gehoben wird, damit wir frei vom Auslandsgetreide werden. Der Ertrag der Felder wird gesteigert, sobald die Landwirtschaft Handlungsfreiheit erhält zur weit aussholenden Betriebsführung für die Gegenwart und die Zukunft; sobald Zwangswirtschaft mit der Getreideumlage und die Kosten für die Reichsgetreidestelle wegfallen, der Landwirtschaft von den gewaltigen Erparnissen, die das Reich dann machen würde, einen Teil zu Förderungs-zwecken zugewiesen wird; sobald Ruhe und Ordnung wieder eintreten, Gewaltmaßnahmen und Bedrohungen ausgeschlossen sind, Mistrauen, Mißgunst und Verleumdung gegen den landwirtschaftlichen Beruf in ihrer Haltlosigkeit zusammenbrechen und an deren Stelle das Vertrauen des Deutschen zum Deutschen tritt.

— Das Verbot des Bundes der Aufrechten ist vom Staatsgerichtshof bestätigt worden.

— Der Student Werner Fleck, der am Tage der Ermordung Rathenaus im Reichstags dem Abgeordneten Dr. Helfferich einen Blumenstrauß überbracht hatte, ist am Sonnabend aus neue verhaftet worden, und zwar wegen Verdacht der Teilnahme an dem Attentat auf Maximilian Harden.

— Frhr. v. Leoprechting ist zur Verbüßung seiner lebenslänglichen Strafe in das Zuchthaus Straubing gebracht worden.

Ausland.

Oesterreich.

— Einfuhrsperrre in Oesterreich. Als Maßnahme im Kampf gegen die immerärger werdende Teuerung beabsichtigt die österreichische Regierung eine weitgehende Drosselung der gesamten Einfuhr und die Verschärfung der bisherigen Devisenordnung. Die österreichische Industrie sei mit Rohstoffen aller Art versehen und könne daher eine Einfuhrsperrre von acht Wochen vertragen. Während dieser Zeit dürften ausnahmslos nur Mehl, Feite und Kohle eingeführt werden.

Ukraine.

— Ukrainischer Aufstand in Ostgalizien. In Ostgalizien, das sich die Polen angeeignet haben, obwohl es eine rein ruthenisch-ukrainische Bevölkerung hat, herrschen, wie

legt die polnisch-galizische Presse selbst zu, gegenwärtig Zustände, die einem Aufstand nicht unähnlich sind. Die polnischen Blätter, die nur andeutungsweise berichten, müssen z. B. zugeben, daß von ukrainischer Seite Post, Telegraphen und Eisenbahnen schwer geküßrt werden und daß auch bewaffnete Zusammenstöße zwischen kleinen Trupps der Bevölkerung und polnischem Militär vorgekommen sind.

Türkei.

— Vorstoß Enver Paschas im Kaukasus. Enver Pascha, der sich kürzlich zum Emir von Turkestan proklamiert hat, geht jetzt als solcher energisch vor, um das muslimännische Kaukasusgebiet selbstständig und von Rußland unabhängig zu machen. Die aus Baku gemeldet wird, hat er die Schwarzmeer-Halbinsel Manapschlag, die bekanntlich durch ihre bedeutenden Steinkoblenlager und das Fort Alexandrowitsch am Kaspischen Meer südlich von Astrachan und Ural besetzt. Die muslimännische Bevölkerung begrüßt die Türken Enver Paschas überall mit Begeisterung. Die Armee Enver Paschas erfährt durch zahlreiche Freiwillige täglich neuen Zufluß.

Griechenland.

— Griechenlands Pläne gegen Konstantinopel. Während man sich in Paris über den griechischen Aufmarsch gegen Konstantinopel sehr beunruhigt zeigt, so beurteilt man in London die Lage wesentlich ruhiger. Die englische Regierung, die die griechische Befanlichkeit in ihrem Konflikt mit der Türkei unterstützt, hat, wie Lord George im Unterhaus erklärte, die Atänen Regierung wissen lassen, daß sie einen griechischen Vormarsch gegen Konstantinopel nicht dulden werde. Darauf habe der griechische Minister des Auswärtigen ausdrücklich versichert, daß es seinen Grund zur Beunruhigung gäbe; auf keinen Fall würden griechische Truppen ohne Einwilligung der verbündeten Mächte in die neutrale Zone einbringen. Diese Zusicherung habe der griechische Minister später aufs bestimmteste wiederholt. — Die türkische Regierung von Angora erklärte, daß, wenn Griechenland die neutrale Zone nicht respektiere, auch die Truppen Kemal Paschas auf Konstantinopel marschieren werden.

England.

— Die Londoner Besprechung am Montag. Auf die Einladung Lord Georges an Poincaré hat der französische Ministerpräsident geantwortet, daß er Paris am Sonntag verlassen werde, um am Montag in London zu der angeregten Besprechung mit Lord George einzutreffen. In Pariser diplomatischen Kreisen ist noch nicht bekannt, ob man sich am 7. August lediglich mit der Reparationsfrage beschäftigen werde oder ob auch Fragen der auswärtigen Politik der Allierten zur Sprache kommen werden.

Poincaré wird sich in Begleitung des französischen Finanzministers und zweier Sekretäre nach London begeben. Belgien wird Paspar und Theunis nach London entsenden. Der italienische Vorkaufster in London wird wahrscheinlich italienischer Vertreter sein.

Amerika.

— Amerika und die Kriegsschulden Frankreichs. Der Newyorker Bankier Warburg äußerte sich hoffnungslos. Der amerikanische Meinungsumschwung werde an dem Tage erfolgen, wenn Frankreich sich zu einer weitgehenden Großmut in der Reparationspolitik gegenüber Deutschland entschleße. Die Newyorker „Eveningpost“ fordert im Zusammenhang hiermit Frankreich direkt auf, 80 Milliarden der deutschen Reparationsschuld nachzulassen, weil dann die Streichung der französischen Schuld an Amerika viel eher erwogen werden könne.

— Der österreichische Handelsminister Segur ist in Prag angekommen, um die Verhandlungen über den Rest des tschechischen Kredites an Oesterreich zum Abschluß zu bringen.

— Griechenland und Rumänien übertrauen in Uebereinstimmung den Südbalkan das Mandat, die Aktion gegen die bulgarischen Komitadschbanden zu leiten.

— Die Kardinalkongregation für äußere kirchliche Angelegenheiten hat das neue Abkommen zwischen Frankreich und dem Vatikan fast einstimmig verworfen. Der letzte Entscheid steht nun bei dem Papst Pius XI.

— Die vierte schwedische Südmeise wurde in Malmö unter reger Beteiligung eröffnet. Schon am ersten Tage wurden Geschäfte in ziemlichem Umfange abgeschlossen.

— Die südrischen Regierungstruppen haben Tipperary nach mehrtägigem Kampfe genommen.

Heimathliches.

Nastätten, 4. August 1922.

— Goldene Hochzeit. Am kommenden Sonntag, den 6. August, feiern die Eheleute Landwirt Philipp Westerburg und Frau das Fest der goldenen Hochzeit. Wir gratulieren!

— Kohlenwirtschaft. Unsere Brennstoffversorgung geht einer schwierigen Zeit entgegen und läßt kaum eine Hoffnung auf Besserung erscheinen. So erweist sich die Monatsförderung an der Ruhr im Juni um etwa eine Million Tonnen geringer als im Mai ds. Js. Hierfür sind die verschiedensten Gründe bestimmend wie Abwanderung der Arbeiter, Bestellung der Garten- und Feldarbeiten; wenn von der wesentlichen Steigerung der Löhne ein Aenderung zum besseren erwartet wurde, so ist diese Erwartung leider

enttäuscht worden. Durch den Verlust von Ober-... für die Folge rund 20 v. H. unserer bisherigen...

Der Vorsitzende des deutschen Vereins in... Kapstadt, H. Wohle, versendet einen Mahnruf an die deutsche Presse...

Estorf, 4. Aug. Am kommenden Sonntag nachmittag findet gelegentlich der Einweihung...

Niederwallmenach, 4. Aug. An der Straße Niederwallmenach-Bahnhof Vogel, an der Waldecke...

Caub, 4. Aug. Am Sonntag, den 6. August, nachmittags 2 Uhr findet hier ein sozialdemokratischer Kulturtag...

Bad Ems, 2. Aug. In der vergangenen Nacht versuchte am Kemmenauer Weg ein Liebespaar durch Erschießen...

Aus dem Rheingau, 3. Aug. Ueber den derzeitigen Stand der Weinberge kann nur Günstiges berichtet werden...

Estville, 2. Aug. Bei einem Einbruchdiebstahl, welcher vergangene Woche in der Villa Rheinberg...

Frankfurt, 2. Aug. In der elterlichen Wohnung, Luisenstraße, riß der zweifährige Walter Christmann...

Frankfurt, 2. Aug. (Frankfurter Getreidepreise.) Bei sehr fester Tendenz wurden bezahlt für je 100 Kilo...

Frankfurt, 3. Aug. (Frankfurter Viehmarkt.) Bei geringem Auftrieb stiegen die Preise weiter um ein Beträchtliches...

Dillenburg, 2. Aug. In Mademühlen überfieleen Vienen eine Stute und deren Füllen und richteten die Tiere in so fürchterlicher Weise zu...

Vermischtes.

Neues schweres Eisenbahnunglück in Südbankreich. Ein vollbesetzter Pilgerzug, der von Roullins nach dem Wallfahrtsort Bourbes unterwegs war...

Die Haftentlassung v. Raehnes abgelehnt. Der Potsdamer Untersuchungsrichter hat den Antrag auf Entlassung v. Raehnes aus der Untersuchungshaft mit der Begründung abgelehnt...

Das große Zeitungsterben. Der im 49. Jahrgang erscheinende „Gelsenkirchener Anzeiger“, Organ der demokratischen Partei, ist unter dem Druck der Verhältnisse eingegangen...

Hinderung der Rheinschiffahrt durch holländische Streitposten. Wie die Duisburger Handelskammer meldet, wird der Schiffsverkehr Holland-Rhein einseitig durch den Verkehr durch holländische Streitposten gehindert...

Eine Vergiftungsaffäre in Wien. Aus Wien wird gemeldet: Am Mittelpunkt einer sensationellen Vergiftungsaffäre steht die ehemalige Lehrerin Milica Vukobranovic, die bereits einmal unter dem Verdacht stand, einer ganzen Familie nach dem Leben getrachtet zu haben...

Cholera auch in Südbankreich. Eine Anzahl Cholerafälle sind infolge Einschleppung durch Matrosen jetzt auch in Südbankreich vorgekommen. Auch in Bukarest, Saloniki und Cattaro wurden Cholerafälle festgestellt.

Flektypus in Nord-Norwegen. Wie das norwegische Gesundheitsamt mitteilt, sind in mehreren kleinen Ortschaften der

norwegischen Provinzen unabweislich Fälle von Flektypus beobachtet worden. Die Regierung hat alle erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um eine Ausbreitung der Epidemie zu verhindern...

Heiratsverbot für amerikanische und englische Besatzungstruppen. Wie die offizielle Armeezeitung der amerikanischen Truppen in Koblenz mitteilt, ist den Mannschaften der Truppe verboten worden, weitere Heiraten mit deutschen Mädchen und Frauen zu schließen...

Ueberschwemmung im Barthebrunn. Zahlreiche Gemeinden des Barthebrunn sind durch den durch die letzten Regengüsse stark angeschwollenen Fluß überflutet worden. Der Verkehr zwischen den einzelnen Gehöften wird mittels Rähnen aufrecht erhalten...

Millionendiebstahl bei der Lübeder Reichsbank. Die Lübeder Reichsbankstelle hatte ein Paket mit vier Millionen Mark auf dem dortigen Hauptpostamt an einer besonderen Annahmestelle eingeklärt. Das Paket sollte als Wertbesteckung von dem Posthilfsbeamten Arnhold nach der Briefabfertigungsstelle des Lübeder Postamtes gebracht werden...

Gezerrte Einbrecher. In einer ihnen gar nicht zugehörigen Halle gingen sich Diebe, die in Bitterfeld in die Schrebergärten einbrachen. Sie fanden hier eine Kognakflasche mit Inhalt, aus der sie tranken. Die Flasche enthielt aber Rattenkäse. Die Einbrecher, die sofort die Gefahr erkannten, riefen selbst die Polizei herbei...

Von Wilderern erschossen. Bei Beba in Pommern stieß der Oberbahnmeister Kowalski mit zwei Wilderern zusammen, die nach Anruf das Feuer auf den Oberbahnmeister eröffneten, wobei dieser durch ein Dum-Dum-Geschoss, das ihm den Unterschenkel zerschmetterte, niedergestreckt wurde...

Fleischvergiftungen in Hamburg. Nach dem Genuss von rohem Pferdefleisch erkrankten in Hamburg sieben Personen. Sie mußten unter schweren Vergiftungserscheinungen in ein Krankenhaus gebracht werden.

Bestverdächtige Ratten im Hamburger Hafen. Auf dem im Hamburger Hafen liegenden tischischen Dampfer „Regie“ sind Ratten gefunden worden, die nach einer Untersuchung weitverdächtig sind. Die Polizei hat sofort alle erforderlichen Maßnahmen getroffen...

Verhaftung eines dreifachen Raubmörders. Als in Dresden der Polizeiwachmeister Bädlein einen Mann verhaften wollte, gab dieser auf den Beamten zwei Schüsse ab und verwundete diesen schwer. Der Verbrecher wurde als ein Mann namens Blume festgestellt. Weitere Ermittlungen ergaben, daß man in ihm einen Verbrecher gefast hat, der zweier Raubmordüberfälle überführt wurde...

Fünf Bauerngehöfte eingekäschert. Ein Großfeuer äscherte in Preßbühl b. Danneberg (Prov. Hannover), fünf mit Stroh bedeckte Bauerngehöfte ein. Insgesamt sind 13 Gebäude niedergebrannt. Der Schaden ist sehr groß und läßt sich noch nicht übersehen. Das Feuer war in einem Gehöft entstanden, dessen Besitzer abwesend war. Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde eine Person verhaftet.

Beim Besteigen der Jungfrau abgestürzt. Vier schweizerische Touristen stürzten beim Besteigen der Jungfrau ab. Es besteht keine Hoffnung, daß die Abgestürzten lebend aufgefunden werden. Die Leichen wurden nach Unglück gelangte durch andere Partien nach Lauterbrunn. Eine Rettungskolonie ist abgegangen.

Besserung im amerikanischen Streit? Aus Newyork wird gemeldet, daß im amerikanischen Kohlen- und Eisenbahnstreik eine leichte Besserung eingetreten ist. Harding rechnet damit, in der nächsten Zeit mit den Gewerkschaften und den Arbeitern zu einer Einigung zu kommen. Es sollen bereits die Grundlagen für eine Verständigung zwischen dem Exekutivkomitee der Eisenbahner und den Vertretern der Gesellschaften ausgearbeitet worden sein...

nicht die größeren Wirtschaften zählen. Infolgedessen rechnet man damit, daß zwar eine Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben sich finden wird, daß aber mehrere große Gesellschaften sich an diesen Beschluß nicht gebunden erachten, so daß der Verkehr noch auf längere Zeit stillgelegt sein würde.

Berhungert aufgefunden. In einem Kornfeld bei Sevinahausen wurde die schon stark verweste Leiche eines älteren Mannes aufgefunden, die vermutlich schon einige Monate dort gelegen hat. Der Körper war völlig abgemagert, so daß man annimmt, daß der alte Mann hunger gestorben ist.

Seine Frau ermordet. In Hohenpöfken in der Altmark fand man die Frau des Arbeiters Rammit in ihrer Wohnung ermordet und beraubt auf. Der Ehemann gestand ein, daß er seine Frau selbst ermordet hat, weil sie ihm zu den vorhandenen sechs kleinen Kindern noch ein neues in Aussicht gestellt habe. Den Raubmord habe er vorgetäuscht. Er wurde verhaftet.

Verstörrende Wolkendrücke in China. „Daily Mail“ meldet aus Peking, daß Wolkendrücke von ungeahnter Heftigkeit über die Provinzen Nordchinas niedergekommen sind. Die Wolkendrücke, die bereits seit acht Tagen andauern, haben in Peking bereits 1800 Häuser zerstört.

Aus aller Welt.

Zur Rottage der Veteranen. Zurzeit beziehen 129 833 Veteranen die vom Reich gewährte Beihilfe für Kriegsteilnehmer. Der Vorstand des Reichskriegerbundes „Styffhäuser“ hat die Reichsregierung erneut ersucht, eine zeitgemäße Erhöhung der Beihilfe, die heute monatlich 12,50 M. (!) beträgt, vorzunehmen. Der zwanzigjährige Beitrag der eigentlichen Beihilfe, also 250 M. monatlich, ist gefordert worden. Die Gewährung der Forderung erscheint leider bei der schwierigen Finanzlage des Reiches sehr zweifelhaft.

Das neue Metallgeld. Am 11. August, dem Verfassungstage, soll das bereits seit längerer Zeit angekündigte neue Metallgeld (1-, 3- und 5-Markstücke) ausgegeben werden. Der Durchmesser der 1-Markstücke beträgt 25,5 Millimeter, der der 3-Markstücke 28 und der 5-Markstücke 31 Millimeter. Die Münzen bestehen aus Aluminium mit einem Zusatz von etwa 1 Prozent Kupfer. Die 5-Markstücke erhalten außerdem einen am Rand sichtbaren dünnen Kupferkern. Die 1- und 3-Markstücke werden im geprägten Ringe, das 5-Markstück im Ringe mit einem glatten Rande geprägt, der die vertiefte Aufschrift „Deutsches Reich“ trägt. Die Schriftfläche trägt bei allen drei Münzsorten innerhalb des aus einem flachen Stäbchen mit Vertiefung bestehenden erhabenen Randes in lateinischen Buchstaben die Umschrift „Deutsches Reich“. Bei dem 5-Markstück stehen in magerechter Linie auf einem unten durch eine Linie abgetrennten glatten Felde die Worte „Fünf Mark“. Bei den 1- und 3-Markstücken wird die Wertbezeichnung durch Zahlen ausgedrückt. Die Schauseite zeigt den liegenden Reichsadler mit geschlossenem Gefieder und nach rechts gewendetem Kopf.

Sonntagsworte.

Groß ist die geistige und äußere Not unseres armen Volkes, größer die geistliche, die Seelennot, denn Irgeitler auf dem Gebiet des Geisteslebens machen sich in erschreckender Weise breit und nutzen den Hunger nach Leben in verführerischer Irreführung weiblich aus. Da muß unser Erbarmen mit dem Volke groß sein, wie die Not selbst. Dann haben wir etwas gelernt von dem Mann der allerinnersten Volksliebe, von Christus. Er sah die Not seines Volkes wie kein anderer, wenn er die Städte und Märkte durchzog. Seine helfende Hand griff unablässig schnell und liebevoll ein. Sein Glaube sah unter dem Dornengebüsch des Volkseleides eine reiche Ernte für den liebenden und mächtigen Gott, drum war nicht unmutiges Klagen sein Werk, sondern kraftspendende Hingabe und Entscheidung fordernde Predigt zur Wahrheit mit dringendem Schrei nach Gerechtigkeit und seinen Jüngern, die Arbeiter für Gottes Ernte und Reich werden und erbitten sollten. Hunger nach Leben und Hunger nach Wahrheit erfordert Männer, die Lebensbrot geben und Gott preisen können ohne Furcht und ohne Tadel.

Gerichtliches.

Begnadigter Mörder. Der Reichspräsident hat den Arbeiter Konrad Giede, der vom Schwurgericht Hannover zum Tode verurteilt worden war, weil er die Haushälterin Emma Weiskopf ermordet und die Leiche in einem Koffer verdeckt hatte, zu lebenslänglicher Zuchthaus begnadigt.

Befragung von Kartoffelwechsellern. Der Eisenbahnverkehrsassistent Auermann wurde vom Wuchergericht Halberstadt wegen Preiswuchers mit Kartoffeln zu vier Monaten Gefängnis, drei Jahren Ehrverlust und 12 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Auermann hatte als Vorstandsmitglied des Flüchtlingsvereins 214 Zentner Kartoffeln für die Flüchtlinge von Halberstädter Landwirten zum Vorzugspreise von 75 Mark erhalten, die er aber sofort wieder an einen Aukäufer für 120 Mark je Zentner verkaufte, der sie nach Koblenz für 180 Mark weiter vertrieb.

# Spitzen.

Roman von Paul Huban.

(Nachdruck verboten.)

„Eine viel gelesene, viel gestrichelte Zeitung“ gab er wohlgefällig zur Antwort. „Haben Sie's denn draussen nicht gelesen? Der Rechtsstaat! Das Blatt macht riesigen Aufsehen! Wir gehen schamlos vor gegen alles, was das arme Volk bedrückt, gegen jedermann, ohne Ansehen der Person! Bei uns kommt jedermann zu Wort, der sich aber irgend eine Niedertracht der Mächtigen zu beklagen hat. Wenn Sie einmal der Schuß brückt, wenn Sie einmal Lust haben, jemand eins zu versehen, kommen Sie nur zu mir! Und Sie sollen Ihre Freude erleben! Und wenn Sie pilante Geschichten wissen“, sagte er etwas leiser, „auch über Ihre Französin, oder über irgend eine Ihrer früheren Herrschaften, so sagen Sie es mir nur! Es soll Ihr Schaden nicht sein.“

„Aber kann man Ihnen denn nicht beikommen?“ fragte Berta mit einiger Beforgnis.

„Anmöglich!“ entgegnete Saga mit Seelenruhe. „Mein Name hat noch nie im Blatt gestanden. Meine Manuskripte werden sofort vernichtet. Um wirken zu können, muß ich im Schatten bleiben. In meinem Kollegen habe ich einen erfahrenen juristischen Beirat. Er ist früher schon an einem ähnlichen Blatte beschäftigt gewesen. Er kennt alle Schliche.“

„Ich habe nämlich Angst vor der Polizei! Sie erfährt alles!“

„O nein!“ lächelte Saga mit ruhiger Ueberlegenheit. „Sie erfährt lange nicht alles! Glauben Sie mir!“

Die beiden dachten an die Erfahrungen, die sie gemacht hatten. Berta hatte ein unheimliches Gefühl. Sie war in ihrem Vorhaben, es in einer neuen Lebensstellung an der Seite des Freiherrn von Saga zu versuchen, nun wieder schwanke geworden. Sie mochte mit der Polizei durchaus nichts zu schaffen haben! Sie erhob sich langsam.

„Allmählich wird es Zeit, daß ich mich empfehle“, sagte sie. „Meine Dame wird sich ohnehin schon über mein langes Ausbleiben wundern.“

„Und Sie besuchen mich in den nächsten Tagen?“

„Wenn Sie erlauben, Herr Baron!“

„Ich rechne sogar darauf. Also von Sonntag bis Mittwoch täglich, bis gegen vier.“

„Sehr wohl, Herr Baron!“

„Aber wo hast du denn so lange geblieben?“ fragte Rosina als Berta endlich nach Hause kam. „Seit einer Stunde warst ich.“

„Ich hatte für mich auch etwas zu besorgen“, versetzte Berta möglichst gleichgültig.

„Du hättest es mir hübsch sagen sollen!“

„Aber ja!“

„Weil es sich so schick und weil ich es so will.“

„Du sprichst zu mir in einem Tone, den ich mir von niemand gefallen lasse, von dir am allerwenigsten.“

„Dann kann ich dir nur den guten Rat geben, dich nach jemand umzusehen, dessen Ton dir besser gefällt, denn den meinen werde ich dir gegenüber nicht verändern.“

„Aber mit großem Vergnügen, Fräulein Moodell! Ich habe ja nur aus den Augenblick gewartet, daß Sie mich freigegeben würden. In eine Wirtschaft wie die Ihrige paßt kein anständiges Mädchen.“

„Es wird Ihnen nicht gelingen, mich zu ärgern, unversehrte Frau Hottel!“ versetzte Rosina mit ruhigem Lächeln und wandte ihr den Rücken.

Es kostete in Berta. Aber sie hielt es für unter ihrer Würde, mit einer solchen Person sich in einen Streit einzulassen. Sie ging in ihr Zimmer, packte ihre Sachen, ließ dieselben durch einen Dienstmann herunterbringen und auf die Droschke laden, und verließ das Haus ohne ein Wort des Abschieds.

Sie fuhr zu Meinhards zurück und wurde da sehr freundlich aufgenommen. Sie erzählte der Frau Wirtin und deren Sohn wieder eine sehr merkwürdige Geschichte über ihre Abenteuer im Hause der unseidlichen Französin.

Schon an einem der nächsten Tage setzte sie ein neues Schreiben an Ihre Excellenz Frau Gräfin von Jened auf, in den demüthigsten Formen abgefacht. Sie begründete ihre Wut um ein nothmatives Cartepapier von nur vierhundert Mark durch eine ganze Reihe stichhaltiger Argumente.

Juliane war, als ihr dies Schreiben überbracht wurde, in einer anderen Stimmung als das erste Mal. Sie hatte die Nacht schlecht geschlafen, sie war sehr gereizt und erregt. Sie hatte in einem Anfall heftigen Unwillens ein Glas zertrümmert. Ida war ihr vorsichtig den ganzen Tag aus dem Wege gegangen, und der hagere junge Mann mit der scharfen Brille, der den Brief abgab, mußte ihr sehr zureden, um sie dazu zu bewegen, denselben Ihrer Excellenz zu überreichen.

Ritternd brachte Ida den Brief in das Parckenzimmer, in dem die Gräfin in hastigen Schritten auf und niederging.

„Was wollen Sie?“ fuhr Juliane das Mädchen an.

„Ein Brief, gnädigste Frau Gräfin!“

„Ich will keinen Brief lesen!“

Der Ueberbringer machte es sehr dringlich. Die gnädigste Gräfin würden den Brief gewiß gern lesen.“

Juliane nahm den Brief, öffnete ihn, durchsah ihn und zerrte ihn.

„Es ist keine Antwort.“ sagte sie kurz. Und als Ida ein wenig ärgerte, rief sie in barschem Tone: „Haben Sie nicht verstanden? Keine Antwort!“

Ida entfernte sich stumm und richtete die Bestellung an den jungen Mann aus. Als Theodor Meinhardt Berta diesen Bescheid überbrachte, entschloß sie sich. Sie ließ sich den ihr unwahrscheinlich klingenden Bescheid nochmals wiederholen. Dann zwang sie sich zu einem ruhigen Lächeln und sagte: „Die Frau Gräfin wird krank sein. Meinen nächsten Brief wird sie beantworten!“

„Ja danke Ihnen sehr, Herr Meinhardt.“

Sie war allein in ihrem kleinen Zimmer. Da warf sie den Kopf in den Nacken, und ihr helles Auge blitzte drohend.

„Oh, Frau Gräfin!“ rief sie, während es nun wieder auf ihren Backenknochen glühte. „So billigen Kaufs werden Sie mich doch nicht loss! Ich weiß schon, was ich zu tun habe!“

Und sie dachte an den Freiherrn Emmerich von Saga, den Besitzer und Hauptmitarbeiter der „Zeitung für die Bedrückten“, der „Rechtsstaat“.

Seine Theselschreiberin . . . Berta wußte nicht, was mit diesen Worten gemeint war, aber die Gedanken, die ihr durch den Kopf gingen, waren solche, als ob sie die geheimnisvolle Belsazar-Warnung in ihrer Anwendung als Motto für das Blatt sehr wohl begriffen hätte.

Seine Theselschreiberin!  
XVIII.

Freiherr Emmerich von Saga hatte längere Zeit im Auslande herumgeblüht. Er hatte sich schnell darüber geäußert, daß ihn in Benedig Rosina de Neuchair bei Nacht und Nebel schnöde verlassen hatte. Durch allerlei Geschäftchen hatte er sein Taschengeld schlecht und recht gefristet — mehr schlecht als recht —; auch mit dem bedenklichen Wiener Geschäftsfreunde war eine Verständigung erzielt worden, die ihn vor gerichtlichen Befehlungen sicherte; und als er sich nun in dieser Beziehung gesichert fühlte, war er in dem Bewußtsein, daß im teuren Vaterland die starken Wurzeln seiner Kraft seien, im Frühjahr 1883 nach Berlin zurückgekehrt.

Da hatte er nun das Organ der Bedrückten, den „Rechtsstaat“, ins Leben gerufen, ein Schandblatt der schlimmsten Art. Alles, was Skandal machte, war hoch willkommen. Es war eine Art Zentralkasse, wo das unaufbereite Gewässer von allen Seiten zusammenflutete. Es war die Ablagerungsstätte für alle erdenklichen Geschäftchen und Ueberträchtigkeiten.

Er las ausgereckt auf der Chaiselongue, rauchte und las den „Bl. Blas“, als seine alte Wirtschaftlerin ihm die Meldung machte, daß eine junge Dame den Herrn Baron zu sprechen wünsche, Fräulein Berta.

„Ich lasse bitten.“

Saga richtete sich auf und ging Berta, die mit einer leichten Verbeugung das Zimmer betrat, freundlich entgegen.

„Wo endlich! Ich hatte die Hoffnung betraue schon aufzugeben.“

Er drückte ihr die Hand und bot ihr einen Sessel an.

„Ja, Herr Baron“, nahm Berta das Wort. „Ich habe mich dazu entschlossen, Ihr Anerbieten anzunehmen. Sie können sich ja denken, daß ich mich habe beklagen müssen, bei einem einzelnen Herrn . . . nicht wahr?“

„Nichts begreiflicher als das“, bemerkte Saga lächelnd.

„Rein, ohne Spaß“, entgegnete Berta, die das Lächeln sehr wohl verstand. „Und ich verlasse mich darauf, daß der Herr Baron das Vertrauen eines anständigen Mädchens nicht täuschen werden.“

„Aber natürlich“, versetzte Saga noch immer lächelnd, während er Bertas Wangen klopfte. „Vor allem legen Sie ab und sehen Sie sich gemächlich zu mir. Wir haben ja noch allerlei zu besprechen und zu regeln. Wir werden uns ohne Schwierigkeiten einigen.“

„Das glaube ich auch“, sagte Berta, indem sie ihren Schirm auf das niedrige Tischchen neben der Chaiselongue legte und die Schleife ihres Hutbandes löste. „Aber ehe wir von unseren Angelegenheiten sprechen, möchte ich in einer Privatsache mit Ihnen reden und Ihren Rat hören.“

„Gern mein Kind, sehen Sie sich nur . . . hier in meine Nähe . . . so! Und nun sagen Sie mir, was Sie auf dem Herzen haben.“

„Vor allem eine Frage, Herr Baron: Darf ich mich auf Ihre völlige Verschwiegenheit verlassen?“

„Selbstverständlich.“

„Sie werden kein Wort davon in die Zeitung bringen?“

„Nicht ein Wort, wenn Sie es wünschen.“

„Nun, Herr Baron, ich habe eine Forderung an eine vornehme Dame, die mir jetzt beizukommen wird.“

„Was für eine Forderung?“

„Eine Entschädigung für erlittenes Unrecht! Ich bin durch eine vornehme Dame ins Unglück geraten. Da ist es doch nicht mehr als recht und billig, daß sie mich dafür schadlos hält und mir in meiner Not zur Seite steht?“

„Ganz in der Ordnung! Aber wenn ich Ihnen helfen soll, müssen Sie sich etwas deutlicher ausdrücken, mein Kind!“

„Nun . . . der Herr Baron haben ohne Zweifel von dem Jenedschen Diebstahl gehört?“

Saga machte eine Bewegung.

„Vom Jenedschen Diebstahl? Kein Wort. Aber die Sache interessiert mich. Ich kenne die Familie. Mit der Gräfin bin ich sogar ziemlich nahe verwandt. Jeneds sind bestohlen worden? Wann denn?“

„Ach, es ist schon ziemlich lange her, aber drei und ein halbes Jahr. Es war in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember 1879.“

„So. so!“

(Fortsetzung folgt.)

## Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Abschluß der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1921 wird im Interesse der Lohnempfänger nochmals dringend ersucht, die noch rückständigen Marken, die auf das Arbeitseinkommen, die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Dezember 1921 betreffend, entrichtet worden sind, unvorzüglich an die Finanzkasse bzw. Hilfskasse zur Ablieferung zu bringen. Die Ablieferung ist dringend geboten, weil sonst für ungerechtfertigte Nachforderungen seitens der Steuerbehörde die Verantwortung nicht übernommen werden kann.

St. Goarshausen, den 28. Juli 1922.

Das Finanzamt.

Auf Ersuchen des Finanzamtes wird vorstehende Bekanntmachung zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Nastätten, den 2. August 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

## Ausschreiben.

Der Fußboden des Schulsaales im evangelischen Gemeindehaus soll zweimal mit Leinöl gestrichen werden.

Angebote auf Uebertragung der Arbeit, die sofort nach Vergebung auszuführen ist, bis zum 7. August, nachmittags 5 Uhr, erbeten.

Nastätten, den 3. August 1922.

Der Magistrat: Wasserloos.

Montag, den 7. August cr., von 10 bis 12 Uhr vormittags  
-: Sprechstunde -:  
im „Hotel Guntrum“ in Nastätten.  
Dr. Wittig,  
Rechtsanwalt.  
Vom nächsten Monat ab bin ich regelmässig jeden 1. und 3. Montag im Monat in Nastätten im „Hotel Guntrum“ zu sprechen.

Für die Ernte empfiehlt die Molkerei Holzhausen  
**Prima Backsteinkäse**  
(eignes Fabrikat)  
Abgabe an Private u. Wiederverkäufer  
- Kein Versand! -

Gold- und Silber-Gegenstände, sowie künstliche Gebisse (auch zerbrochene) kauft zu höchstem Tagespreise  
Uhrmacher Förster, Nastätten.

Für kommenden Sonntag

**la. Speise-Eis**  
(Vanille, Schokolade, Mokka.) in bekannter Qualität, sowie große Auswahl in  
**Kuchen, Torten und sonstigem Gebäck.**  
**Konditorei Hagel**  
Nastätten (Nähe Bahnhof).

**2 Kinder**  
(Junge von 9 und Mädchen von 7 Jahren) während der Ferien im August aufs Land in Pension zu geben. Offerten unter W. G. 35 an Buchdruckerei W. Witbert, St. Goar.  
Suche zum 1. September geeignete Persönlichkeit als

**Haushälterin**  
und zur Pflege eines Kindes.  
**Tierarzt Wildens,**  
Nastätten.

**Weinflaschen**  
kauft zum Tagespreise  
**Früh Hehner, Nastätten.**

**Warnung!**  
Habe in meinem Hoster-Garten Gift gestreut.  
**Karl Griebel.**  
Bin wieder Käufer von leeren, ölfreien  
**Meinflaschen**  
**Cafe Hagel, Nastätten**  
(Nähe Bahnhof).

**Hans Jehle, Lord im Rheingau**  
Weingutsbesitzer — Weingroßhandlung  
Empfehle:  
**Weiß- und Rotweine**  
bis zu den feinsten Cressenzen  
in Flaschen und Gebinden  
Zweigniederlassung:  
**Früh Hehner, Nastätten, Rheinstr. 28**

Verlag des Bibliographischen Instituts / Leipzig  
Das neueste Kartenwerk ist:  
**Meyers Kleiner Handatlas**  
Zweite Auflage 1922  
in 48 Haupt- und 35 Nebenkarten mit alphabetischem Namensverzeichnis In Ganzleinen gebunden  
Alle Karten dieses für Haus u. Kontor unentbehrlichen Kartenwerks entsprechen dem heutigen Weltbilde, dem jetzigen Stande der Forschung u. der Entwicklung des Verkehrs  
Ausführliche Ankündigungen mit Preisangaben kostenfrei  
Lieferung auf Wunsch gegen Monatszahlungen durch  
P. Schönemann m. b. H. / Leipzig, Täubchenweg 17

**Batterien**  
sind eingetroffen! Müllersche Buchhandlung.

**Nutze dein Herdfeuer!**  
**Dicke Bohnen, Räucherspeck,**  
Hiermit kommt Du schnell vom Fleck, Und wie kräftig ist das Essen! Gins nur sollst Du nicht vergessen: Nimm zu Nutzen und Komfort Deine Wäsche! gleich mit vor.  
\*) Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligen kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis. 3

